

Gegenstand

Vorabentscheidungsersuchen — Komisia za zashtita ot diskriminatsia — Auslegung von Art. 2 Abs. 1 Buchst. a und b, Art. 3 Abs. 1 Buchst. h, und Art. 8 Abs. 1 der Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (ABl. L 180, S. 22), von Art. 38 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, des 29. Erwägungsgrund und der Art. 1 und 13 Abs. 1 der Richtlinie 2006/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/EWG des Rates (ABl. L 114, S. 64), von Art. 3 Abs. 5 der Richtlinie 2003/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG — Erklärungen zu Stilllegungen und Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen (ABl. L 176, S. 37) und von Art. 3 Abs. 7 der Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG (ABl. L 211, S. 55) — Verwaltungspraxis, wonach dem Elektrizitätsverteilungsunternehmen die Freiheit eingeräumt wird, in Roma-Bezirken Stromzähler an Strommasten in einer für die Verbraucher unzugänglichen Höhe anzubringen, die den Verbrauchern in diesen Bezirken keine Sicht auf den Zähler erlaubt, während die Stromzähler in anderen als den Roma-Bezirken in einer zugänglichen Höhe angebracht sind — Recht oder Interesse des Endverbrauchers des Stroms, regelmäßig die Anzeigen des Stromzählers zu überprüfen — Beweislast bei Diskriminierung

Tenor

Der Gerichtshof der Europäischen Union ist für die Beantwortung der von der Komisia za zashtita ot diskriminatsia in ihrer Vorlageentscheidung vom 19. Juli 2011 gestellten Fragen nicht zuständig.

⁽¹⁾ ABl. C 298 vom 8.10.2011.

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) vom 29. Januar 2013 (Vorabentscheidungsersuchen der Curtea de Apel Constanța — Rumänien) — Ministerul Public — Parchetul de pe lângă Curtea de Apel Constanța, in dem Verfahren betreffend die Vollstreckung Europäischer Haftbefehle gegen Ciprian Vasile Radu

(Rechtssache C-396/11) ⁽¹⁾

(Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen — Rahmenbeschluss 2002/584/JI — Europäischer Haftbefehl und Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten — Zur Strafverfolgung ausgestellter Europäischer Haftbefehl — Gründe für die Ablehnung der Vollstreckung)

(2013/C 86/07)

Verfahrenssprache: Rumänisch

Vorlegendes Gericht

Curtea de Apel Constanța

Partei des Ausgangsverfahrens

Ciprian Vasile Radu

Gegenstand

Vorabentscheidungsersuchen — Curtea de Apel Constanța — Auslegung des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. L 190, S. 1) sowie von Art. 6 EUV und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, insbesondere von deren Art. 6, 48 und 52 — Europäischer Haftbefehl zum Zwecke der Strafverfolgung — Möglichkeit des Vollstreckungsmitgliedstaats, das Ersuchen um Übergabe der gesuchten Person wegen Verstoßes gegen die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und wegen unterlassener oder unvollständiger Durchführung des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI durch den Ausstellungsmitgliedstaat abzulehnen

Tenor

Der Rahmenbeschluss 2002/584/JI des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten in der durch den Rahmenbeschluss 2009/299/JI des Rates vom 26. Februar 2009 geänderten Fassung ist dahin auszulegen, dass die vollstreckenden Justizbehörden die Vollstreckung eines zur Strafverfolgung ausgestellten Europäischen Haftbefehls nicht mit der Begründung ablehnen können, dass die gesuchte Person vor der Ausstellung dieses Haftbefehls im Ausstellungsmitgliedstaat nicht angehört wurde.

⁽¹⁾ ABl. C 282 vom 24.9.2011.

Urteil des Gerichtshofs (Dritte Kammer) vom 31. Januar 2013 (Vorabentscheidungsersuchen des Administrativen sad Varna — Bulgarien) — Stroy trans EOOD/Direktor na Direktsia „Obzhalvane I upravlenie na izpalnenieto“ — Varna pri Tsentralno upravlenie na Natsionalnata agentsia za prihodite

(Rechtssache C-642/11) ⁽¹⁾

(Steuerrecht — Mehrwertsteuer — Richtlinie 2006/112/EG — Grundsatz der Steuerneutralität — Recht auf Vorsteuerabzug — Versagung — Art. 203 — Ausweisung der Mehrwertsteuer auf der Rechnung — Steueranspruch — Vorliegen eines steuerpflichtigen Umsatzes — Identische Beurteilung im Hinblick auf den Aussteller der Rechnung und ihren Empfänger — Erforderlichkeit)

(2013/C 86/08)

Verfahrenssprache: Bulgarisch

Vorlegendes Gericht

Administrativen sad Varna